

CDU Mitte wählt neuen Fraktionsvorstand

Die BVV-Fraktion der CDU Mitte hat am 12.01.2004 auf ihrer Sitzung turnusmäßig einen neuen Vorstand gewählt. Der amtierende Vorsitzende, *Carsten Spallek* (32), wurde einstimmig im Amt bestätigt. Unverändert und ebenfalls ohne Gegenstimmen wurden die weiteren Mitglieder des Fraktionsvorstands wieder gewählt.

„Die CDU Fraktion hat die letzten zwei Jahre gute inhaltliche Arbeit geleistet und zeigt hohe personelle Geschlossenheit. Beides ist eine hervorragende Ausgangslage, um auch die nächsten zwei Jahre verantwortungsvolle CDU-Politik für unseren Bezirk zu machen“, so Spallek nach seiner Wiederwahl.

Für die nächsten zwei Jahre setzt die Fraktion ihren Schwerpunkt auf die Themen

- „Investitionsplanung 2003-2007“ (insbesondere Umsetzung der vorgesehenen Sportanlagen),
- die sachfremde Verwendung bzw. nicht ausreichende Ausschöpfung von Sanierungsmitteln,
- die Entwicklungen im Zuge der Länderfusion Berlin-Brandenburg und einhergehende Zentralisierungsbestrebungen sowie
- die Einrichtung bzw. geplanter Betrieb der Fixerstube in der Birkenstrasse 51.

Zusätzlich zu den Themen des „normalen Geschäftsbetriebs“ wird im Jahr 2004 den noch einzurichtenden Ordnungsämtern besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Mit der Einrichtung von bezirklichen Ordnungsämtern werden die Bezirke erstmals in die Lage versetzt, Ordnungswidrigkeiten nicht nur festzustellen, sondern - mit den dafür notwendigen hoheitlichen Befugnissen ausgestattet – auch zu ahnden. Um der oben dargestellten Entwicklung Rechnung zu tragen und die umfassenden Aufgaben im Sinne der CDU-Fraktion zu begleiten bzw. nachhaltig wahrnehmen zu können, hat die Fraktion auf der gleichen Sitzung den angehenden Juristen *Sven Rissmann* (25) zum Sprecher für „Ordnungsämter/Sicherheit im öffentlichen Raum“ benannt.

Wir freuen uns, folgenden „runden“ Geburtstagskindern gratulieren zu können!

Februar:

Reimund Gens, Hanna Maria Kelkel, Hellmut Werner, Jutta Mehmel, Jürgen Elsner, Klaus Hocke, Helga Salehi, Bernhard Klingmann, Ignat Kasandshiev, Irina Fries, Dieter Ernst, Klaus Schulz, Thomas Krinetzki, Wolfgang Lackner, Olaf Junghanß, Andreas Lohse, Ludwig Norz

März:

Sebastian Pieper, Wolfgang Schrader, Ingeborg Wagemann, Maik Gabriel, Carsten Bluhm, Heinrich Winters, Ulrich Thierfelder, Hans-Jürgen Behrend, Peter Radunski, Lars Bökenkröger, Martina Seemamm, Dieter Schulze, Axel Wallrabenstein, Luzia Henkel, Michael Weber, Heiko Pohle, Leo Schulz, Joachim Speck, Wolfgang Palm, Tobias Piechocki, Hasan Hüseyin Algan, Hans-Peter Cordt, Klaus Geber, Ingeburg Haesner, Bernd -Steffen Schulz, Christoph Lattreuter, Gerd Türschmann, Sabine Bloch-Schmidt-Bremme

Alles Gute!

IMPRESSUM

„Wir in Mitte“

ist das Mitteilungsblatt der CDU Mitte.

Es erscheint 5x im Jahr.

Verantwortlicher Chefredakteur:
Tobias Liebenow

Herausgeber:

CDU Mitte, Wallstraße 14A, 10179 Berlin,
Tel.: (030) 395 27 80
Fax: (030) 39 03 41 44
Internet: www.cdumitte.de
E-Mail: CDUKV0509@aol.com

CDU Wir in Mitte

100% Berlin

Mitteilungsblatt des Kreisverbandes Berlin-Mitte
Ausgabe Februar/März 2004



Kreisparteitag der CDU Mitte

09. März 2004
18.00 Uhr

„Deutschland kann mehr“

mit
Laurenz Meyer,
Generalsekretär
der
CDU Deutschland

Neues Stadthaus
Otto-Suhr-Saal, 3.
Etage
Parochialstrasse 1-3
10179 Berlin-Mitte

Gäste herzlich
willkommen!



Der Vorsitzende

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

Ihnen allen wünsche ich für die restlichen elf Monate des Jahres 2004 alles Gute. Möge in diesem europäischen Jahr Glück, Erfolg und vor allem Gesundheit ein steter Wegbegleiter für Sie sein.

Am 01. Mai werden der Europäischen Union 10 Mitgliedsstaaten mit rund 75 Millionen Bürgern beitreten. Die Europäische Union wird dann 25 Mitgliedsstaaten und rund 450 Millionen Bürger umfassen. Auch für Berlin bedeutet dies eine große Veränderung, da unser Nachbar Polen dann auch Mitglied der EU wird. Nur 80 km von Berlin entfernt, eröffnet dieser

Beitritt für Berlin Chancen aber auch Risiken. Während der rot-rote Senat für zweifelhafte Quartiersmanagementprojekte in den vergangenen Jahren rund 100 Millionen Euro ausgegeben hat, sieht er sich nicht in der Lage, auch nur einen Bruchteil dieser Summe aufzuwenden, um die Chancen besser zu nutzen, die sich für die Berlin Wirtschaft aus der Erweiterung ergeben. Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird auch in diesem Jahr dafür kämpfen, dass der Senat sich nicht nur mit sich selbst beschäftigt, sondern auch über die Landesgrenze schaut. Entsprechende Initiativen wurden bereits im letzten Jahr eingebracht, weitere werden folgen.

Ein zweites großes Thema wird in diesem Jahr die Föderalismusdiskussion sein. Die Neuordnung der Verantwortlichkeiten zwischen Bund und den Ländern ist überfällig. Der Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD), zu Beginn des Föderalismusgipfels eine Hauptstadtklausel in das Grundgesetz einzufügen, muss dabei als wenig hilfreich für das Ansehen Berlins und die Lösung der Berliner Finanzprobleme bezeichnet werden. Während man versucht, die Strukturen in Deutschland zu verändern, ruft Berlin zuerst einmal nach mehr Geld. Kein Wunder, dass mittlerweile 11 von 15 Bundesländern gegen weitere Finanzzuweisungen zu Gunsten Berlins sind. Ohne konkrete Lösungsvorschläge drohe der Vorschlag als reine PR-Nummer im Zuge der Verhandlungen der Föderalismuskommission unterzugehen. Statt immer nur Geld zu fordern, sollte zunächst mit dem Bund und den anderen Ländern geklärt werden, welche Aufgaben Berlin eigentlich als Hauptstadt wahrnehmen soll. Danach kommt erst die Finanzierungsfrage.

Darüber hinaus wird es auch in 2004 eine Fülle von Themen geben, die unseren Bezirk besonders berühren, auch wenn sie keine klassischen kommunalpolitischen Themen sind. Was geschieht mit den Überresten des ehemaligen Palastes der Republik? Kommt die Ansiedlung von BND und hoffentlich auch BKA in Mitte? Wie lösen wir die drängenden sozialen Probleme in Teilen unseres Bezirks? Wie kann der Verkehr durch Mitte fließen, angesichts ständiger Straßensperrungen und vieles mehr. Berlin-Mitte ist eben nicht nur ein Bezirk, sondern zugleich auch immer Herz Berlins, die Visitenkarte der Stadt sozusagen. Dieser Verantwortung müssen wir uns auch im kommenden Jahr stellen und aktiv für politische Lösungen kämpfen, die nicht für den Bezirk sondern für die gesamte Stadt von Bedeutung sind.

Ihr

Stephan Tromp

Feste feiern und feste arbeiten - Neujahrsempfang der CDU Mitte

von Evelyn Westphal

Am 17. Januar d.J. fand der gemeinsame Neujahrsempfang des Kreisverbandes, der Fraktion und der Mittelstandsvereinigung der CDU –Mitte im Neuen Stadthaus in der Parochialstrasse in Berlin-Mitte statt. Der gemeinsame zentrale Auftakt zu den Aktivitäten des neuen Jahres war mit ca. 350 Gästen sehr gut besucht. Neben vielen Mitgliedern konnten zahlreiche Vertreter anderer Kreisverbände und was noch viel wichtiger ist, auch aus dem sogenannten vopolitischen Raum begrüßt werden.

Durch unsere Sponsoren (Lutter & Wegner, Löwenbräu, GiSeCo, Fa. Bergmann, Schinken-Becker) wurden Speisen und Getränke für alle Anwesenden –Mitglieder wie Gäste – zur Verfügung gestellt, so dass auch kein Teilnahmebetrag erhoben werden musste. Dies ist generell – und besonders

in der jetzigen Zeit – schön, da diese traditionelle Veranstaltung einer Begrüßung und einem Dank für die „Alten“, die regelmäßig „Aktiven“ die „Neuen“, den Freunden und Mitgliedern der Union gleicht.

Hinzu kommt der somit unbedarfte und positive Effekt für Begegnungen und Gespräche mit unterschiedlichsten Vereinigungen und Kreisverbänden.

Trotz oder gerade wegen der insgesamt existierenden finanziellen Anspannungen sind die Beibehaltung solcher Kontaktmöglichkeiten – auch ohne eigenen Kostenbeitrag jedes einzelnen – wichtig, um u.U. keinen auszuschließen.

Für die Union und perspektivisch gemeinsame Unternehmungen wird dies künftig mitentscheidend sein, Kräfte sammeln und bündeln, präsent sein und Präsenz zeigen – bei Neujahrsempfängen, aber nicht nur dort.

Der Senat hat kein Verkehrskonzept für Bereich um das Brandenburger Tor CDU fordert zusätzliche Ost-West-Verbindungen

„Die Sicherheitsmaßnahmen um das Brandenburger Tor herum machen ein neues Verkehrskonzept für diesen Bereich erforderlich.“ Zu diesem Ergebnis kam der CDU Kreisvorsitzende von Berlin-Mitte, **Stephan TROMP**, nach der Sitzung des Verkehrsausschusses im Abgeordnetenhaus am 21. Januar 2004.

Danach sei die Sperrung der Wilhelmstraße vor der Britischen Botschaft zeitlich nicht befristet, so dass mit erheblichen Verkehrsbehinderungen weiter zu rechnen sei. Ebenso habe der Senat bisher kein Verkehrskonzept für die Zeit nach der Fertigstellung der Amerikanischen Botschaft am Brandenburger Tor vorgelegt.

Tromp erklärte weiter: „Es ist davon auszugehen, dass Straßensperrungen vor der Amerikanischen und Britischen

Botschaft in Mitte die Regel sein werden. Damit würde die Umfahrung des Brandenburger Tores so gut wie unmöglich werden. Die einzige leistungsfähige Ost-West-Verbindung wäre dann die Leipziger Straße, die bereits jetzt schon überlastet ist.“

Die CDU-Fraktion fordert deshalb den sofortigen und vollständigen Ausbau der Französischen Straße, den der Senat aber erst ab 2006 und dann auch nur unvollständig angehen will. Darüber hinaus fordert die CDU ein neues Verkehrskonzept für das Brandenburger Tor, das der veränderten Sicherheitslage gerecht wird.

„Wir brauchen im Parlaments- und Regierungsviertel ein leistungsfähiges Straßennetz. Hierzu sind funktionierende Ost-West-Verbindungen zwingend notwendig“, schloss Tromp.

Europa 2004: ohne Identität, ohne Verfassung – ungewisse Zukunft?

6. Februar 2004 um 19.00 Uhr

Brasserie am Gendarmenmarkt, Konferenzraum, 1. Stock
Taubenstraße 30, 10115 Berlin

19.00 Uhr: Begrüßung

19.05 – 19.15 Uhr: Eingangsthesen:

Dr. Hanns R. Glatz, DaimlerChrysler AG, Bevollmächtigter des Vorstandes, Konzernrepräsentanz Brüssel; Vorsitzender des Wirtschaftsrates Brüssel

19.15 – 20.15 Uhr: Podiumsdiskussion:

Ingo Schmitt, Rechtsanwalt, Mitglied des Europäischen Parlaments, Kreisvorsitzender der CDU Charlottenburg-Wilmersdorf

Frau Solange Olszewska, Geschäftsführung Solaris Busse, Posen (Polen)/Berlin

Marco Hardt, Unternehmensberater, Mitglied im Bundesvorstand der Europa-Union

Stephan Tromp, MdA, Europapolitischer Sprecher der CDU Berlin, Kreisvorsitzender Berlin Mitte

20.15 – 20.45 Uhr: Diskussion

Moderation: Dr. Jörg Karenfort, Rechtsanwalt, CDU Fischerinsel

CDU-Fraktion beschließt Positionspapier zur EU-Erweiterung

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat ein vom europapolitischen Sprecher der Fraktion, Stephan Tromp, formuliertes Positionspapier zur EU-Erweiterung und den Auswirkungen auf Berlin einstimmig angenommen. Das Papier ist in der Kreisgeschäftsstelle unter der Rufnummer 395 27 80 erhältlich.

Henkel: Rot-Grün Blockiert effektive Graffiti-Bekämpfung

Körting steht in der Pflicht, Graffiti-Spayer in Berlin härter zu verfolgen – Ankündigungen alleine reichen nicht aus

Als verheerend gerade für Berlin bezeichnete der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Frank HENKEL**, die Uneinigkeit innerhalb der Bundesregierung bei der Verabschiedung eines Graffitibekämpfungsgesetzes.

Gerade in Berlin müssten jährlich bis zu 50 Mio. EUR aufgebracht werden, um die Schäden zu beseitigen. Ein großer Teil davon werde von Hausbesitzern getragen, weil sie für eine strafrechtliche und zivilrechtliche Verfolgung der Täter nach der bisherigen Regelung eine Substanzverletzung von beschmierten Gebäudeteilen nachweisen müssten. Weiter sagte Henkel: „Das neue Graffitibekämpfungsgesetz würde dagegen die Täter strafrechtlich zur Verantwortung ziehen und Strafverfahren nachhaltig erleichtern. Dass Bündnis90/Die Grünen sich dagegen wehrt, ist völlig unverständlich und zeigt mal wieder, dass in Teilen der Bundesregierung

Täterschutz vor Opferschutz geht.“ Henkel forderte die Bundesregierung auf, ideologische Vorbehalte aufzugeben und endlich den Opfern von Graffiti-Schmierereien rechtlich zu helfen. Der Staat habe hierbei eine besondere Fürsorgepflicht seinen Bürgern gegenüber und beim Schutz von öffentlichem und privatem Eigentum. „Die Aussage von Berlins Innensenator Körting (SPD), Sprayer härter zu bestrafen, erscheint geradezu lächerlich, nachdem er als Innensenator eine entsprechende Bundesratsinitiative abgelehnt hat. Dies zeigt, dass er zwar Übung als Ankündigungssenator hat, seinen Worten aber keine Taten folgen lässt.“ Die CDU-Fraktion fordert den rot-roten Senat auf, Druck auf die Bundesregierung auszuüben und endlich bei der Graffitibekämpfung zu handeln.

Senat spart auch in der Medienpolitik

Zuschüsse an das Medienboard werden durch Senat um 1,6 Mio. EUR gekürzt
von Stephan Tromp

Der rot-rote Senat spart auch in der Medienpolitik, obwohl dieser Sektor als einer der wenigen Wirtschaftszweige gilt, die in Zukunft ein hohes Wachstumspotential haben. Mit der Gründung des Medienboards, in dem die Filmförderung sowie das Medienbüro für Berlin und Brandenburg zusammengefasst werden, sollte ein einheitliches Vorgehen von Filmförderung und Standortmarketing für die Medienwirtschaft in Berlin und Brandenburg erreicht werden. Kaum gegründet, muss sich das Medienboard nun mit Kürzungsplänen und Desinteresse des rot-roten Senats auseinandersetzen, wie eine Anhörung am 14. Januar 2004 im Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten und Medienpolitik ergab. Auf Nachfragen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen wurde deutlich:

1. Es sind weder die Schnittstellen zwischen Senat, der Landesregierung Brandenburg und dem Medienboard definiert, noch konnte der Chef der Senatskanzlei, Schmitz, in der Anhörung auf entsprechende Fragen zum neugegründeten Medienboard konkrete Antworten geben.

2. Hinzu kommt, dass der Senat die Zuschüsse des Landes an die Einrichtung um rund 1,6 Mio. Euro absenken will.

Für 2004 seien im neuen Haushaltsplanentwurf noch 10,6 Mio. Euro vorgesehen, für 2005 nur noch knapp 9 Mio. Euro.

In den Sonntagsreden des Regierenden Bürgermeisters Wowereit und seiner Koalition wird die Medienwirtschaft immer als eines der wichtigsten Zukunftsfelder Berlins bezeichnet. Diese Branche solle danach in den kommenden Jahren erheblich zum Wirtschaftswachstum in der Stadt und der Region beitragen. In der realen Politik spart der Senat aber hier, wie die Kürzungspläne beweisen, an der Zukunft der Stadt.“

Ohne klare Kompetenzen und Abgrenzungen sowie einer konstanten Finanzierung wird es aber schwer fallen, eine effiziente und für die Region erfolgreiche Medienpolitik, die die Ansiedlung neuer Unternehmen mit zusätzlichen Arbeitsplätze mit sich bringt, zu realisieren.“

Die CDU wird sich im Abgeordnetenhaus dafür einsetzen, dass in diesem Zukunftsfeld keine Einsparungen vorgenommen werden und die Fördermittel auf dem jetzigen Stand genauso wie in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg zu halten. Andernfalls würde Berlin im Konkurrenzkampf mit anderen Medienstandorten an Boden verlieren.

CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus wählt neuen Fraktionsvorstand Frank Henkel als Parlamentarischer Geschäftsführer bestätigt.

Die CDU-Fraktion hat am 15. Januar 2004 den Fraktionsvorstand neugewählt. Nicolas Zimmer wurde bei der Neuwahl des Fraktionsvorstands als Vorsitzender im Amt bestätigt. Er erhielt knapp 80 Prozent (79,4%) der Stimmen. 27 Abgeordnete votierten mit „Ja“, 7 Abgeordnete stimmten gegen Zimmer. Es gab eine Enthaltung. Ebenfalls im Amt bestätigt wurden die beiden Parlamentarischen Geschäftsführer, Uwe Goetze und Frank Henkel. Goetze erhielt 77,4 Prozent, Henkel 85,3 Prozent Zustimmung.

Als Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden wurden in ihren Ämtern bestätigt: Monika Grütters (67,7 %), Annelies Herrmann (85,3 %), Gregor Hoffmann (73,5 %) und Kai Wegner (72,7%).

Nicht als Stellvertreter wiedergewählt wurde Mario Czaja. In einer Gegenkandidatur setzte sich Michael Braun mit 22 zu 13 Stimmen gegen Czaja durch.

Manuel Heide wurde als Schatzmeister wiedergewählt.